



Detailansicht des Registereintrags

Uniper SE

Stand vom 24.04.2025 14:33:43 bis 26.06.2025 08:56:40

Europäische Aktiengesellschaft (SE)

Registernummer: R001306

Ersteintrag: 24.02.2022

Letzte Änderung: 24.04.2025

Letzte Jahresaktualisierung: 21.06.2024

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten:
Adresse:
Uniper SE
Holzstraße 6
40221 Düsseldorf
Deutschland

Telefonnummer: +49211732750

E-Mail-Adressen:

info@uniper.energy

Webseiten:

www.uniper.energy

Hauptstadtrepräsentanz:
Taubenstraße 23
10117 Berlin

Telefonnummer: +493020095090

E-Mail-Adresse: repraesentanz.berlin@uniper.energy

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

2.500.001 bis 2.510.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

15,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Michael Lewis

Funktion: Vorstandsvorsitzender

2. Dr. Jutta Dönges

Funktion: Chief Financial Officer

3. Holger Kreetz

Funktion: Chief Operating Officer

4. Dr. Carsten Poppinga

Funktion: Chief Commercial Officer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (17):

1. Kavita Ahluwalia

2. Dr. Christoph Schäfers

3. Peter Hohaus

4. Dr. Christian Buchbauer

5. Dirk Hachmann

6. Lars Pappert

7. Dr. Guido Pasternack

8. Dr. Achim Ufert

9. Jörn Higgen

10. Elisabeth Weisswange

11. Florian Fischer

12. Florian Dötterl

13. Philipp Ginsberg

14. Julia Grebe

15. Philipp Riedel

16. Michael Lewis

17. Holger Kreetz

Mitgliedschaften (13):

1. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
2. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
3. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
4. Deutsch-Russisches Forum e.V.
5. Weltenergierat Deutschland e.V.
6. EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler e.V.
7. Aviation Initiative for Renewable Energy in Germany e.V.
8. Power to X Allianz
9. Zukunft Gas
10. econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.
11. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
12. Forum für Zukunftsenergien e.V.
13. Verband der deutschen Verbundwirtschaft e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):

Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Industriepolitik; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Uniper bündelt seine Aktivitäten für die Interessenvertretung gegenüber den Organen, Mitgliedern, Fraktionen oder Gruppen des Deutschen Bundestages und für die Interessenvertretung gegenüber der Bundesregierung als Querschnittsaufgabe des Unternehmens im Ressort des Vorstandsvorsitzenden. Die Interessenvertretung (auch Stakeholder-Management) ist das kontinuierliche Management der Beziehungen zu den genannten Zielgruppen. Bei Uniper betreut diese Aufgabe der Interessenvertretung für Deutschland der Bereich Governmental Relations. Dieser stellt eine offene, schnelle, sachliche und konsistent zugeschnittene Kommunikation mit den genannten Zielgruppen zu allen relevanten Themen sicher. Zum Zwecke der Interessenvertretung der Uniper SE werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ministerien geführt (z. B. Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) und mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themen in den für Uniper benannten Interessen- und Vorhabenbereichen, die für die unternehmerische Tätigkeit im Energiesektor bedeutsam sind. Dabei geht es konkret z.B. um Themen wie die Verbesserung des Marktdesigns für

Strom, Regelungen zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sowie sonstige Themen (s. die Auflistung konkreter Regelungsvorhaben) bzw. um Klimaschutz und die Energiewende insgesamt. Entsprechend erarbeitet und übermittelt Uniper auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Einführung von Regelungen zur Verbesserung des Marktdesigns für Strom.

Beschreibung:

Konkretisierung der bisherigen allgemeinen Vorgaben der Bundesregierung für eine Kraftwerksstrategie (Schaffung eines praktikablen Ausschreibungssystems für den Bau der zunächst initial vorgesehenen gesicherten Leistung von 10 GW Kraftwerkskapazität). Neben der Konkretisierung der Kraftwerksstrategie als erstem Schritt ist Ziel, mittelfristig einen umfassenden und technologieoffenen Kapazitätsmarkt einzuführen, um eine Lücke von 25 GW an steuerbaren Kraftwerkskapazitäten bis 2030 zu vermeiden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2409230010](#) (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 30.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. [SG2412200168](#) (PDF - 93 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

3. [SG2412200170](#) (PDF - 57 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. [Einführung von Regelungen zur Verbesserung des Marktdesigns für Erdgas- und Wasserstoffspeicher.](#)

Beschreibung:

Verbesserungen von Regelungen z. B. im EnWG, um im aktuellen nicht geeigneten Marktrahmen im dynamischen Marktumfeld der Energietransformation benötigte Wasserstoff- und Erdgas-Speicherkapazitäten effizient und bedarfsgerecht bereitzustellen. Einführung eines integrierten Contract-for-Differenz-Fördersystems, um einen effizienten Übergang von Erdgas- zur Wasserstoffspeicherung zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409230015](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 10.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

3. [Änderung des Gesetzes für den Ausbau Erneuerbarer Energien \(EEG\).](#)

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung der Förderung von Erneuerbaren Energien, z. B. um Ausbauziele zu erreichen, die Erzeugung von grünem Wasserstoff zu unterstützen, den finanziellen Förderrahmen zu begrenzen und Innovationen bei den Erneuerbaren Energien und ihrer Integration in den Strommarkt zu fördern.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

4. Vorschläge zur Änderung des EnWG mit Fokus auf die Finanzierung des Wasserstoffkernnetzes.

Beschreibung:

Ziel ist eine Verbesserung des Gesetzgebungsvorschlags zu den Vorschriften des Wasserstoffkernnetzes, insbesondere zu den Vorgaben für seine Finanzierung. Diese sollten im Detail noch geändert werden (Senkung des Selbstbehalts der Netzbetreiber auf 15 %, Übertragungsrecht der Fernleitungsnetzbetreiber bei Kündigung durch den Staat, Ausschluss der gemeinschaftlichen Haftung der Kernnetzbetreiber für Insolvenzfälle und langfristige Rechtssicherheit der Finanzierungsparameter).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10014 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2406190006 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Vorschläge zur Änderung des Entwurfs für ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz.

Beschreibung:

Ziel ist eine Verbesserung des Gesetzgebungsvorschlags z. B. mit Blick auf den Katalog an erfassten Vorhaben notwendiger Infrastrukturen zur Energieversorgung (z. B. Bau von

Stromleitungen, Transformatoren und Umspannstationen sowie auch eine Erweiterung auf Wasserstoff-Kraftwerke. Ferner sollte der Gesetzentwurf neben verfahrensrechtlichen Regelungen auch materiell-rechtliche Erleichterungen vorsehen, die Verfahren beschleunigen (z. B. Aufnahme der Vorhaben in den Katalog der im Außenbereich privilegierten Vorhaben). Ferner sollten auch Anlagen zur Speicherung von Wasserstoff im überragenden öffentlichen Interesse liegen und Genehmigungspflichten bei der Umwidmung von Erdgas- und Wasserstoffspeicher vereinfacht werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 265/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

6. Vorschläge zur nationalen Umsetzung der EU-Gas- und Wasserstoffrichtlinie.

Beschreibung:

Ziel ist eine sachgerechte und zügige Umsetzung der neuen EU-Vorgaben im nationalen Recht (EnWG), z. B., um eine Gestaltung angemessener Rahmenbedingungen für den Zugang zu Wasserstoffnetzen, Importterminals für Wasserstoff sowie Wasserstoffspeichern zu erreichen und damit insgesamt eine weitere Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Änderung des Entwurfs der EU-Verordnung 833/2014 ("14. EU-Sanktionspaket").

Beschreibung:

Ziel ist es, Regelungen im Entwurf des 14. EU-Sanktionspaketes zu verbessern, die auf russische Anti-Arbitration-Verfahren zielen. Im Text des Entwurfs (speziell Artikel 5ab bzw. Artikel 11(6)) sind Änderungen erforderlich, damit die konkrete Regelung den betroffenen Unternehmen in der EU tatsächlich hilft bzw. damit entsprechende russische Entscheidungen aus dortigen Anti-Arbitration-Verfahren in EU-Mitgliedstaaten nicht durchgesetzt bzw. anerkannt werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406190008](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.05.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundeskanzleramt (BKAmT) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

8. Anpassung des Genehmigungsrechts im BImSchG für Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien.

Beschreibung:

Ziel ist eine Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren, um einen schnellen Ausbau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen zu erzielen.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/7502](#) ([Vorgang](#)) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht

Zuständiges Ministerium: [BMUV \(20. WP\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[BImSchG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]

9. Anpassung von Regelungen des nationalen Emissionshandelsrechts an neue EU-Vorgaben.

Beschreibung:

Ziel ist eine praxistaugliche Anpassung des geltenden Emissionsschutzrechts an EU-rechtliche Vorgaben, insbesondere die nationale Umsetzung der Novelle der EU-Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

Betroffenes geltendes Recht:

TEHG 2011 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

10. Vorschläge zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes.

Beschreibung:

Ziel ist eine praxistaugliche Anpassung des vorhandenen Gesetzes mit u.a. einer Öffnung für CO2 Speicherung im Ausland, um den Hochlauf einer CO2 Speicherwirtschaft zu beschleunigen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

11. Umsetzung der Eckpunkte der Bundesregierung für eine Carbon Management-Strategie.

Beschreibung:

Ziel ist das Schaffen eines Rahmens für eine Carbon Management-Strategie, die Grundlage zur Nutzung dieser Technologien und zum Transport und der Speicherung von CO2 sein soll.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

12. Anpassung des Energiesicherungsgesetzes.**Beschreibung:**

Ziel ist die Änderung zur Vorgabe von Dividendenzahlungen im Energiesicherungsgesetz. Uniper soll trotz der noch laufenden Maßnahmen staatlicher Stabilisierung mit derzeit nahezu ausschließlicher staatlicher Beteiligung (Bund hält 99,2% des Aktienkapitals) möglichst bald wieder interessant für Investoren des Kapitalmarkts werden. Dies ist auch Ziel des Bundes, damit die Stabilisierungsmaßnahmen möglichst rasch beendet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnSiG 1975 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406190009](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

13. Vorschläge zur Änderung des Entwurfs zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2257.**Beschreibung:**

Ziel ist eine Verbesserung des KRITIS-Dachgesetzes, insbesondere mit Blick auf eine Verbesserung der Kooperation zwischen den Unternehmen, die kritische Energieinfrastrukturen betreiben, und den staatlichen Stellen. Dabei geht es auch um eine Klarstellung der jeweiligen Verantwortlichkeiten, mit Fokus auf die Vorgaben der staatlichen Unterstützung von Betreibern kritischer Infrastrukturen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 550/24 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): [Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen \(Vorgang\)](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13961 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):**1. Projektträger Jülich (Projektträger für das BMWK)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Jülich

Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro

Reallabor TransUrban.NRW.

Transformation der netzgebundenen urbanen Wärme- und Kälteversorgung mit intersektoralen

Power-2-Heat Lösungen als Beitrag zum Strukturwandel in den Kohlerevieren NRWs.

(Förderung in 3 Tranchen: 118.993,60 Euro Mai 2023; 100.600,00 Euro August 2023 und 81.063,77 Euro Oktober 2023).

2. Projektträger Jülich (Projektträger für das BMWK)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Jülich

Betrag: 480.001 bis 490.000 Euro

Reallabor Energiepark Bad Lauchstädt.

Förderung des Teilvorhabens des erstmaligen Baus einer direktgekoppelten Großelektrolyse.

3. Projektträger Jülich (Projektträger für das BMWK)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Jülich

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Reallabor Energiepark Bad Lauchstädt.

Förderung des Teilvorhabens der Konzeptionierung und des Testbetriebs einer direktgekoppelten Großelektrolyse.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Uniper-Geschtsbericht-2023.pdf](#)